

Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung



An die
Mitglieder
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Geschäftsstelle:
Büro der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Auskunft erteilt: Frau Spangenberg
Tel. 05 61/7 87-12 25
Fax 05 61/7 87-21 82
E-Mail: Elisabeth.Spangenberg@stadt-kassel.de

Kassel, 29. Februar 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **9.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung lade ich ein für

**Mittwoch, 7. März 2012, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Weiterentwicklung Kommunale Bildungslandschaft Kassel
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 6.12.2010
Bericht des Magistrats
101.16.1860**
- 2. Bedarf an Kita-Plätzen**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Norbert Hornemann
- 101.17.318 -
- 3. Schulentwicklung in Kassel Stadt und im Landkreis Kassel**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Anke Bergmann
- 101.17.347 -
- 4. Schulhofgestaltung**
Anfrage der SPD-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Anke Bergmann
- 101.17.358 -
- 5. Bedarf an U3-Plätzen in Kassel**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.17.360 -

6. Hessencampus

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Anke Bergmann
- 101.17.371 -

7. Ausweitung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT)

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen von SPD und B90/Grüne
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Anke Bergmann
- 101.17.376 -

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Kassel, 8. März 2012

Niederschrift

über die **9. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am Mittwoch, 7. März 2012, 17:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

- | | | |
|----|---|------------|
| 1. | Weiterentwicklung Kommunale Bildungslandschaft Kassel
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 6.12.2010
Bericht des Magistrats
101.16.1860 | |
| 2. | Bedarf an Kita-Plätzen | 101.17.318 |
| 3. | Schulentwicklung in Kassel Stadt und im Landkreis Kassel | 101.17.347 |
| 4. | Schulhofgestaltung | 101.17.358 |
| 5. | Bedarf an U3-Plätzen in Kassel | 101.17.360 |
| 6. | Hessencampus | 101.17.371 |
| 7. | Ausweitung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und
Teilhabepaketes (BuT) | 101.17.376 |

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 29. Februar 2012 ordnungsgemäß einberufene 9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden, darunter besonders als neues Ausschussmitglied Stadtverordnete Kerstin Linne, Fraktion B90/Grüne, und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 2 und 5 wegen Sachzusammenhangs gemeinsam aufzurufen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen, so dass Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Tagesordnung in der veränderten Form feststellt.

**1. Weiterentwicklung Kommunale Bildungslandschaft Kassel
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 6.12.2010
Bericht des Magistrats
101.16.1860**

Beschluss

Die Stadt Kassel hat in den letzten Jahren aktiv gestaltende Bildungspolitik betrieben, zum Beispiel durch die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans (BEP) in Kindertagesstätten, Übergang Schule-Beruf, durch Einführung des Übergangsmanagements, Ausbau der Ganztagschulen, besonders auch im Grundschulbereich über die Verzahnung von Schule und Jugendhilfe, umfangreiche Schulbausanierung, aktive Beteiligung und Mitgestaltung der Initiative Hessencampus Kassel als Angebote in der Fort- und Weiterbildung Erwachsener.

Der Magistrat wird aufgefordert, den Status quo der Kommunalen Bildungslandschaft Kassel zu erfassen, weiter zu entwickeln und darauf basierend ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.

Das Konzept, das von der Frühkindlichen- bis zur Erwachsenenbildung geht, soll innerhalb des nächsten Jahres im Ausschuss Schule, Jugend, Bildung vorgestellt und erörtert werden.

Das Konzept soll folgende Aspekte und Ziele berücksichtigen:

- Beteiligung aller Akteure der Bildungslandschaft in der Stadt Kassel im Rahmen des Erarbeitungsprozesses
- Möglichkeiten der transparenten Erfassung, Beobachtung und Analyse des Bildungswesens
- Ermöglichung von individuellen Bildungsbiografien durch Bildungsberatung
- Verknüpfung der verschiedenen Systeme zu einer ganzheitlichen Bildungsberatung
- Gemeinsame Fort- und Weiterbildung der Akteure der unterschiedlichen Systeme
- Kostendarstellung der vorgeschlagenen Handlungsoptionen
- Darstellung der Finanzierungsoption unter Berücksichtigung der möglichen kurz-, mittel- und langfristigen Rahmenbedingungen
- Auftrag, kommunale Koordinierung zu übernehmen.

Stadträtin Janz und Dezernatskoordinatorin Schöne geben einen ausführlichen Zwischenbericht ab und beantworten anschließend die zahlreichen Fragen der Ausschussmitglieder.

Zur Kenntnis genommen

Die Tagesordnungspunkte 2 und 5 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen:

2. Bedarf an Kita-Plätzen
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.318 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Welcher Bedarf an Plätzen in Kindertagesstätten öffentlicher und freier Träger, gegliedert nach Kindergartenplätzen und U 3 Plätzen, aufgeschlüsselt für alle Betreuungseinrichtungen unterhalb der Schule, existiert stadtweit?

und

5. Bedarf an U3-Plätzen in Kassel
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.360 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele U3-Plätze werden 2013 in Kassel gebraucht, wenn der Rechtsanspruch auf einen solchen Platz greift?
2. Wie viele solcher Plätze werden nach heutigem Stand (incl. der bereits genehmigten Gruppen) zur Verfügung stehen?
3. Welche Maßnahmen kann bzw. wird die Stadt ergreifen, um den Rechtsanspruch zu garantieren?

Stadtverordneter Schild begründet die beiden Anfragen der CDU-Fraktion.

Nach Beantwortung durch Sachgebietsleiter Knoop, Sachgebiet „Planung und Finanzierung der Tagesbetreuung von Kindern“ des Jugendamtes, erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfragen für erledigt.

3. Schulentwicklung in Kassel Stadt und im Landkreis Kassel
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne
- 101.17.347 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird aufgefordert, die Veränderungen der Schülerzahlen in der Stadt Kassel und im Landkreis zusammen mit dem Landkreis in einem abgestimmten Diskussionsprozess darzustellen und zu bewerten. Hier sollen die Fachgremien/Ausschüsse des Landkreises und der Stadt Kassel als Schulträger gemeinsam tagen.

Das Staatliche Schulamt und die entsprechenden Schulen sind dazu einzuladen. Berücksichtigt werden sollen die Entwicklungen in den Sek.I-, Sek.II- und Förder- sowie Berufsschulen.

Stadtverordnete Bergmann begründet den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst nach kurzer Aussprache bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr.
Schulentwicklung in Kassel Stadt und im Landkreis Kassel, 101.17.347, wird
zugestimmt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

4. Schulhofgestaltung
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.17.358 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Schulen haben zurzeit ein Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekt laufen, um den Schulhof neu zu gestalten?
2. Für welche Schulhöfe hat der Magistrat eine Planungs- und Kostenaufstellung vorbereitet und wie sehen diese Aufstellungen im Einzelnen aus?
3. Gibt es eine Prioritätenliste des Magistrats zur Umsetzung der einzelnen Projekte?

Stadtverordnete Bergmann begründet die Anfrage der SPD-Fraktion.

Nach Beantwortung durch Kinderbeauftragte Ritter, Kinder- und Jugendbüro des Jugendamtes, erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

6. Hessencampus

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne
- 101.17.371 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, über den aktuellen Stand des Hessencampus sowie über die weitere Beteiligung der Stadt Kassel nach Ablauf der Finanzierung Ende 2012 durch das Land Hessen im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung zu berichten.

Stadtverordnete Bergmann begründet den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr.
Hessencampus, 101.17.371, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

7. Ausweitung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT)

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen von SPD und B90/Grüne
- 101.17.376 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Elisabeth Spangenberg
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 9. öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung am
Mittwoch, 7. März 2012, 17:00 Uhr
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, B90 / Grüne
Vorsitzende



Dr. Michael von Rüden, CDU
1. stellvertretender Vorsitzender

i.v. 

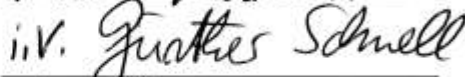
Anke Bergmann, SPD
2. stellvertretende Vorsitzende



Dr. Rabani Alekuzei, SPD
Mitglied



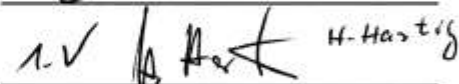
Doğan Aydın, SPD
Mitglied

i.v. 

Kaja Börner, SPD
Mitglied




Sabine Wurst, SPD
Mitglied

i.v.  H. Hartig

Dorothee Köpp, B90 / Grüne
Mitglied



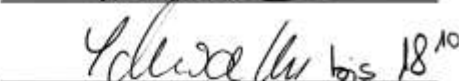
Kerstin Linne, B90 / Grüne
Mitglied



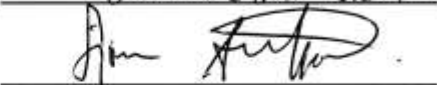
Marcus Leitschuh, CDU
Mitglied



Jutta Schwalm, CDU
Mitglied

 bis 18¹⁰

Simon Aulepp, Kasseler Linke
Mitglied



Donald Strube, parteilos
Mitglied



Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Piraten
Stadtverordneter

Jörg-Peter Bayer

Bernd Wolfgang Häfner, Freie Wähler
Stadtverordneter

Olaf Petersen, Piraten
Stadtverordneter

Hamza Küçük,
Vertreter des Ausländerbeirates

Hamza Küçük bis 18.20

Magistrat

Anne Janz, B90 / Grüne
Stadträtin

Anne Janz

Schriftführung

Elisabeth Spangenberg,
Schriftführerin

Spangenberg

Verwaltung und andere Teilnehmer

- 40 -

peret JH

-41-VHS Ref. Kassel

K. Ruedel

Thomas Alersdrensky

Alersdrensky

- 51K -

D. R. H.

- 5102 -

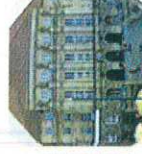
V. K.

- 514 -

[Signature]

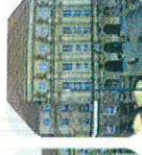
- U - Referenti

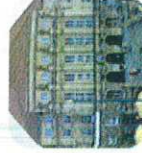
H. J.



Weiterentwicklung der kommunalen Bildungslandschaft Kassel

Anne Janz, Dezernentin für Jugend, Schule, Frauen, Gesundheit
Magistrat der Stadt Kassel





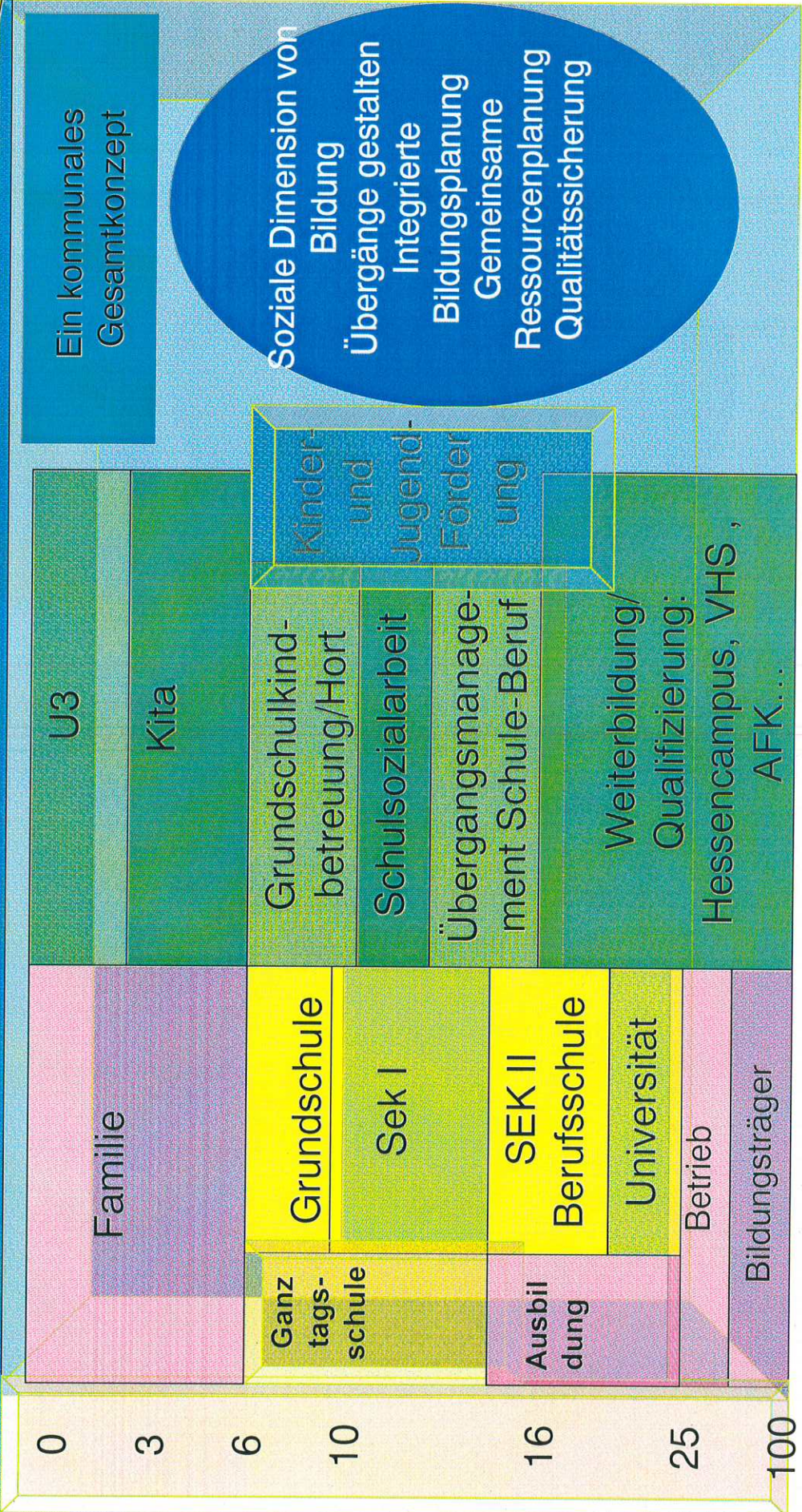
Bildung als Kommunale Gesamtstrategie

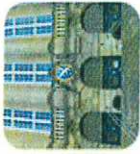
Vision „Kassel bildet“

- Dezernatsziel des Dezernates Jugend, Schule, Frauen, Gesundheit:
„Mutig kommunale Bildungsverantwortung übernehmen und gestalten“
Ämterübergreifender Arbeitsauftrag im Dezernat -V -
- Globalziel der Stadt Kassel im Zukunftsprozess „Demografischer Wandel“:
„Kommunale Bildungsverantwortung wahrnehmen – Sicherung von gesellschaftlicher Teilhabe und Wirtschaftskraft“
Dezernatsübergreifender Arbeitsauftrag für die Stadt Kassel



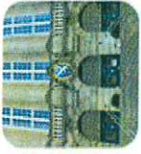
**Kommunale
Bildungsverantwortung neu gestalten**





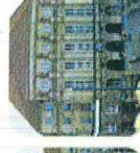
Politische Beschlüsse zur Entwicklung der kommunalen Bildungslandschaft Kassel

- **2007: Umsetzung Hessischer Bildungs- und Erziehungsplan 0-10**
- **2007 u. 2011: „Willkommen von Anfang an“**
- **2007: Familienkompetenzzentren**
- **2008: Zukunftsprogramm der Stadt Kassel**
- **2008: Übergangsmangement Schule-Beruf**
- **2009: Umwandlung von Grundschulen in Ganztagsgrundschulen**
- **2010: Schulentwicklungsplan der Stadt Kassel, 7. Fortschreibung**
- **2010: Weiterentwicklung der kommunalen Bildungslandschaft in Kassel**



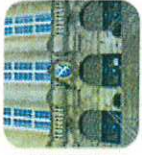
Kooperation und Vernetzung unter kommunaler Regie gestalten

- Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellen
- Ämter- und dezernatsübergreifende Zusammenarbeit bei der Stadt Kassel sicherstellen
- Zielgeleitete Vernetzungen mit örtlichen Partnern unter gemeinsamen bildungspolitischen Zielsetzungen aufbauen und verbindlich gestalten (Kooperationsvereinbarungen) – Koordination über die Kommune
- Schulentwicklungsplanung, Jugendhilfeplanung, Sozialplanung und Gesundheitsberichterstattung unter Bildungsaspekten betrachten und miteinander verzahnen – kommunale Bildungsberichterstattung, Bildungsmonitoring aufbauen



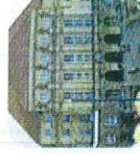
Leuchtturmprojekt „Bildungsregion Waldau“

- Erprobung der Umsetzung der strategischen Ziele bezogen auf einen Stadtteil als zentralen Bildungsraum
- Gewinn von übertragbaren Erkenntnissen über kommunale Steuerungsmöglichkeiten und -funktionen bei der Gestaltung einer Bildungslandschaft
- Optimierung der örtlichen Bedingungen für einen strukturierten und kontinuierlichen Bildungsverlauf für Kinder, Jugendliche und Erwachsene im konkreten Sozialraum
- Evaluationsbericht bis Ende März 2012 – Gestaltung des Transfers



Umsetzung strategisches Ziel „Bildung von Anfang an“

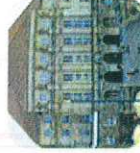
- Präventionskette „Willkommen von Anfang an“- Begrüßungsbesuche und Netzwerk „Frühe Hilfen“
- Aufbau von stadtteilbezogenen Familiennetzwerken unter kommunaler Koordinierung
- Umsetzung des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplanes 0-10 (BEP) mit Schwerpunkt auf Sprachförderung; Gesundheit; Übergangsgestaltung Kita-Grundschule
- Sprachförderung – verbindliches Sprachscreening in allen städtischen Kitas; Leuchtturmprojekt zur vertieften Sprachförderung; Sprachförderprogramme in den Kitas; 2012 erstmalig „Kasseler Deutschsommer“ für Drittklässler
- Ganztägig arbeitende Grundschulen unter Verzahnung der Ressourcen von Jugendhilfe und Schule



Umsetzung strategisches Ziel:

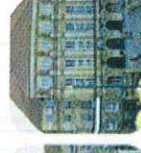
„Jugendliche haben die Kompetenzen den Übergang Schule-Beruf erfolgreich zu bewältigen. Das schließt explizit das Aufbrechen geschlechtstypischer Berufswahlmuster ein“.

- Kommunale Koordinierung Übergang Schule-Beruf mit begleitender Steuerungsgruppe aller am Übergangsgeschehen relevanten Akteure
- **Einsatz von Übergangsmanager/innen** an Hauptschulen bzw. Schulen mit Hauptschulzeit und eine Realschule – *kommunale Personalressource an der Schule*
- Weiterentwicklung: Arbeitsbündnis Jugend und Beruf; Lisa-Fachkräfteprogramm



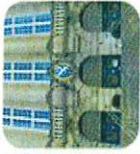
Umsetzung strategisches Ziel: „Lebenslanges Lernen unterstützen“

- Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Region Kassel – Volkshochschule als kommunales Weiterbildungszentrum und wichtiger kommunaler Bildungsdienstleister
- Unterstützung der Aktivitäten zum Hessencampus Kassel – Einrichtung einer Bildungsberatung (zunächst bis Ende2012)
- Unterstützung und Begleitung der Oskar v. Miller Schule auf dem Weg zur Selbstständigen Schule – Ressourcen der beruflichen Schulen für die Fort- und Weiterbildung in der Region nutzen



Ausblick

- Zielgeleitete Vernetzung der Akteure von Aktivitäten im Bildungsbereich hat sich bereits an vielen Stellen bewährt und sollte auf weitere Stadtteile übertragen werden – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf
- Übergangsmangement ist gemeinsam mit den anderen Akteuren noch stärker anschlussorientiert zu gestalten
- Organisation ganztägiger Lernprozesse – Verknüpfung von formeller und informeller Bildung – Weiterentwicklung über Rahmenkonzept und Schubs
- Herausforderung: Förderung des frühen Kitabesuches bei Kindern aus anregungsarmen Elternhäusern
- Nachhaltig wirksame Bildungnetzwerke brauchen dauerhaft eine kommunale Koordinierungsressource
- Bildungsmonitoring kann zur Zeit nicht geleistet werden/ Bildungsbüro fehlt



Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorlage Nr. 101.17.318

Bedarf an Kita-Plätzen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

Welcher Bedarf an Plätzen in Kindertagesstätten öffentlicher und freier Träger, gegliedert nach Kindergartenplätzen und U 3 Plätzen, aufgeschlüsselt für alle Betreuungseinrichtungen unterhalb der Schule, existiert stadtweit?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Norbert Hornemann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

TOP 2

Jugendamt

Herr Knoop

Anfrage im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung am 7. Februar 2012

5. **Bedarf an Kita-Plätzen**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Norbert Hornemann
- 101.17.318 -

Frage.

Welcher Bedarf an Plätzen in Kindertagesstätten öffentlicher und freier Träger gegliedert nach Kindergartenplätzen und U3-Plätzen, aufgeschlüsselt für alle Betreuungseinrichtungen unterhalb der Schule, existiert stadtweit.

Bedarf an Plätzen für unter dreijährige Kinder

Nach dem KIFÖG ist ein bundesweiter durchschnittlicher Bedarfsdeckungsgrad von 35 % der Kinder unter 3 Jahren als ausreichend zur Erfüllung eines individuellen Rechtsanspruchs für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr angesehen worden.

Wichtiger Planungsfaktor für eine differenzierte Bedarfseinschätzung ist neben der bisherigen Nachfrage auch die unterschiedliche Inanspruchnahme nach dem Alter der unter Dreijährigen. Danach verteilt sich der Bedarf nach den bisherigen Erfahrungen auf knapp zwei Drittel der über zweijährigen, ein Drittel der über einjährigen und max. 5% der unter einjährigen Kinder.

Das bedeutet, dass stadtweit bei einem geplanten Ausbau von 192 Plätzen in 2012 noch ein Bedarf von rund 300 Plätzen für unter dreijährige Kinder im Jahr 2013 besteht

Bedarf an Kindergartenplätzen

Im Kindergartenbereich verfügt die Stadt Kassel mit einer Betreuungsquote von 95,3 % zu nächst einmal grundsätzlich über ausreichend Kindergartenplätze.

Durch Gruppenstärkenreduzierungen aufgrund von Integrationsmaßnahmen, Um- und Zuzüge sowie die frühere Aufnahme der unter Dreijährigen kommt es allerdings in einigen Wohngebieten zu Engpässen.

Es zeichnet sich schon jetzt ein zusätzlicher Bedarf an Kindergartenplätzen ab. Eine genaue Bedarfsfeststellung ist jedoch erst nach den Abstimmungsrunden mit allen Kitas in Kassel Ende März möglich.

Vorlage Nr. 101.17.347

Schulentwicklung in Kassel Stadt und im Landkreis Kassel

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird aufgefordert, die Veränderungen der Schülerzahlen in der Stadt Kassel und im Landkreis zusammen mit dem Landkreis in einem abgestimmten Diskussionsprozess darzustellen und zu bewerten. Hier sollen die Fachgremien/Ausschüsse des Landkreises und der Stadt Kassel als Schulträger gemeinsam tagen.

Das Staatliche Schulamt und die entsprechenden Schulen sind dazu einzuladen.

Berücksichtigt werden sollen die Entwicklungen in den Sek.I-, Sek.II- und Förder- sowie Berufsschulen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Anke Bergmann

Anke Bergmann
Stellv. Fraktionsvorsitzende SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne



Vorlage Nr. 101.17.358

Schulhofgestaltung

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Schulen haben zurzeit ein Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekt laufen, um den Schulhof neu zu gestalten?
2. Für welche Schulhöfe hat der Magistrat eine Planungs- und Kostenaufstellung vorbereitet und wie sehen diese Aufstellungen im Einzelnen aus?
3. Gibt es eine Prioritätenliste des Magistrats zur Umsetzung der einzelnen Projekte?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Anke Bergmann

gez. Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender

TOP 4

Jugendamt Kinder- und Jugendbeauftragte	Kassel, den 23.02.2012 Frau Ritter ☎ 5254
--	---

Schulhofgestaltung

Bezug: Anfrage Stadtverordnetenversammlung der Fraktion SPD, Vorlage Nr. 101.17.358

Auf der Projektliste der Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte, die regelmäßig mit Vertreter/innen der Fachämter -40-, -51-, -63-, -65- und -67- abgestimmt wird, befinden sich derzeit 5 Projekte zum Thema Schulhofgestaltung, die unten näher erläutert sind. Die Priorität liegt aus der Sicht von -51K- derzeit bei der Hegelsbergschule und der Luisenschule.

Darüber hinaus gibt es ein Jugendbeteiligungsprojekt zum Thema Basketballspielen im Wesertor, in dessen Rahmen die Möglichkeiten der Verbesserung des Basketballplatzes auf dem Schulhof der Carl-Schomburg-Schule geprüft werden. Eine entsprechende Anfrage von -51- liegt -65- vor.

1. Hegelsbergschule

Projektbeginn und Durchführung der Beteiligung in 2011, die ersten Umsetzungen stehen noch aus. Eine Lehrerin der Schule hat eine Planungsskizze erstellt, die am 9. Februar zur fachlichen Prüfung an -65- und -67- gegeben wurde. Die Schule benötigt Unterstützung bei der Einholung und Einschätzung von Angeboten seitens der Fachämter. Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor, es wurden seitens der Schule und -51K- lediglich Angebote für erste kleinere Maßnahmen eingeholt.

2. Luisenschule

Die Projektanmeldung erfolgte bereits im Herbst 2010, aufgrund mangelnder Kapazitäten bei -67- wurde das Projekt jedoch erst in diesem Jahr als Beteiligungsprojekt aufgenommen. Die Durchführung der Beteiligung erfolgt in der 1. Jahreshälfte. Aus den Mitteln zur Anschubfinanzierung können voraussichtlich ca. 3.000 € zur Verfügung gestellt werden, die Schule verfügt über 10.000 € Eigenmittel. Es ist noch offen, wer auf Grundlage der Beteiligungsergebnisse eine Planungs- und Kostenaufstellung erarbeitet.

3. Losseschule

Die Projektanmeldung erfolgte am 28. November 2011, am 30. November erfolgte in der Abstimmungsrunde der Fachämter die Aufnahme als Beteiligungsprojekt. Die Beteiligung wird in der zweiten Jahreshälfte 2012 durchgeführt. Bis zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keine finanziellen Mittel für die Umsetzung. Es ist noch nicht geklärt, wer auf Grundlage der Beteiligungsergebnisse eine Planungs- und Kostenaufstellung erarbeitet.

4. Grundschule Waldau

Projektbeginn und Durchführung der Beteiligung war in 2010, seit 2011 schrittweise Umsetzung der Beteiligungsergebnisse. Eine Planungsskizze aufgrund der Ergebnisse sowie eine grobe Kostenschätzung wurden durch eine freie Mitarbeiterin des Spielmobils Rote Rübe e.V. erstellt. Angebote für die einzelnen Maßnahmen wurden teilweise von -67- eingeholt, teilweise von -51K-. Aus den Mitteln zur Anschubfinanzierung für Jugendbeteiligungsprojekte wurden insgesamt 5.000 € bereitgestellt, weitere Mittel haben der Ortsbeirat Waldau (3.500 €) und der Runde Tisch Waldau (2.500 €) bereitgestellt. Eine Sechseckschaukel wird aus den Mitteln für Ersatzbeschaffung seitens -67- aufgestellt.

5. Fasanehofschule

Projektbeginn und Durchführung der Beteiligung war in 2010, seitdem schrittweise Umsetzung der Beteiligungsergebnisse. Eine Entwurfsplanung und eine Kostenschätzung wurden seitens der Pflegeabteilung von -67- erarbeitet. Ein Großteil der Ideen und Ergebnisse konnte inzwischen umgesetzt werden, wobei Mittel aus der Anschubfinanzierung für Jugendbeteiligungsprojekte (6.800 €), Ortsbeirat Fasanehof (8.700 €), -40- (2.000 €), Eigenmittel der Schule (3.000 €) sowie Drittmittel seitens der Roten Rube (4.000 €) in das Projekt geflossen sind. Lediglich der große Wunsch nach einem Kletterspielgerät ist nach wie vor offen. Eine Kostenschätzung von -67- in Höhe von 10.000 € liegt vor, davon können 6.000 € aus den o.g. Dispositionsmitteln des Ortsbeirates verwendet werden. Die übrigen 2.700 € sind für die Anschaffung von Bolztoren vorgesehen.

gez. Daniela Ritter

Vorlage Nr. 101.17.360

Bedarf an U3-Plätzen in Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele U3-Plätze werden 2013 in Kassel gebraucht, wenn der Rechtsanspruch auf einen solchen Platz greift?
2. Wie viele solcher Plätze werden nach heutigem Stand (incl. der bereits genehmigten Gruppen) zur Verfügung stehen?
3. Welche Maßnahmen kann bzw. wird die Stadt ergreifen, um den Rechtsanspruch zu garantieren?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Top 5

Jugendamt

Kassel, 02.03.2012
Herr Knoop, ☎ 50 16

**Anfrage im Ausschuss
für Schule, Jugend und Bildung am 7. März 2012**

Bedarf an U 3Plätzen
Anfrage der CDU-Fraktion
Fragesteller: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.17.360 -

1. Wie viele U3 Plätze werden 2013 in Kassel gebraucht, wenn der Rechtsanspruch auf einen solchen Platz greift?

Antwort:

Für den bedarfsgerechten Ausbau U3 rechnen wir mit 1330 Plätzen in Gruppen und 370 in der Tagespflege; insgesamt mit rund 1700 Plätzen.
Der Bedarf errechnet sich auf der Grundlage der aktuellen Bevölkerungsdaten für Kassel und der aktuellen durchschnittlichen Betreuungsquote für Deutschland für unter dreijährige Kinder. Diese gliedert sich nach Altersgruppen. Auszugehen ist danach von ca. 3% für das Alter von 0-1; 25 % für das Alter von 1-2 und ca. 50 % für das Alter von 2-3 Jahre. Die Zahlen bieten allerdings nur grundsätzliche Anhaltspunkte für den Bedarf. Der genaue Bedarf wird sich aus weiteren Faktoren wie z.B. der Berufstätigkeit der Eltern oder einer Inanspruchnahme eines zukünftigen Betreuungsgeldes ergeben.

2. Wie viele solcher Plätze werden nach heutigem Stand (inkl. der bereits genehmigten Gruppen) zur Verfügung stehen?

Antwort:

Nach heutigem Stand stehen auf der Grundlage der gültigen Betriebserlaubnisse (inkl. der bereits für 2012 genehmigten aber noch nicht eingerichteten Gruppen) 927 Plätze in Gruppen zur Verfügung. Dazu kommen noch 305 Plätze in der Tagespflege. Rechnet man ca. 100 Plätze in Betriebskindergärten hinzu, die mit Kasseler Kindern belegt sind, dann stehen damit insgesamt 1332 Plätze zur Verfügung.

3. Welche Maßnahme kann bzw. wird die Stadt ergreifen, um den Rechtsanspruch zu gewährleisten?

Da es sich ab 2013 um einen individuellen Rechtsanspruch handelt, wird ein Platzausbau nach geschätzten Prozentzahlen (35%) nicht mehr ausreichen. Wie viele Plätze letztendlich in Kassel notwendig sind, um den Rechtsanspruch zu erfüllen, wird sich leider erst dann zeigen, wenn er eintritt. Daher ist notwendig, möglichst vielfältige und flexible Möglichkeiten für den Ausbau zu eröffnen.

Um in Zukunft den Rechtsanspruch erfüllen zu können, ist es notwendig,

1. weiterhin Tagespflegeplätze zu schaffen, durch die auch der Rechtsanspruch erfüllt wird.
2. im Rahmen eines Ganztagschulkonzept, die Grundschulkindbetreuung soweit möglich in die Schule zu verlagern, um in den dann freiwerdenden Räumen Krippen einzurichten.
3. Neubauten für Krippengruppen zu errichten.
4. Räume über Anmietung für Krippen zu gewinnen.
5. Investorenmodelle für den Bau von Kindertagesstätten zu prüfen.
6. diese Anstrengungen in Kooperation mit der freien Trägern zu unternehmen.

Darüber hinaus ist es grundsätzlich notwendig,

1. dass die Kommunen gemeinsam gegenüber dem Land die Belegung der Krippengruppen mit weiterhin 12 Kindern über den 31. Dezember 2012 hinaus durchsetzen, um nicht auch noch schon geschaffene Plätze wieder zu verlieren.
2. dass die Kommunen weiterhin gemeinsam vom Land Hessen eine angemessene Beteiligung sowohl an den investiven Kosten als auch an den Betriebskosten einfordern.

Welche der obengenannten Wege dabei in Frage kommen, wird neben Kostengesichtspunkten im Wesentlichen auch von der Interdependenz von lokalem Bedarf und räumlichen Umsetzungsmöglichkeiten in den einzelnen Stadtteilen bestimmt werden.

Vorlage Nr. 101.17.371

Hessencampus

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, über den aktuellen Stand des Hessencampus sowie über die weitere Beteiligung der Stadt Kassel nach Ablauf der Finanzierung Ende 2012 durch das Land Hessen im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung zu berichten.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Anke Bergmann

Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Vorlage Nr. 101.17.376

Ausweitung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT)

Gemeinsame Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist der Stand des Ausbaus der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT)?
2. Welches Konzept verfolgt der Magistrat beim Ausbau der Schulsozialarbeit?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Anke Bergmann

Anke Bergmann
Stellv. Fraktionsvorsitzende SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne